

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt
Billerbeck

24. Februar 2015

Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Rat der Stadt Billerbeck zur Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2015

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal,

die überwiegende Anzahl der Kommunen in NRW ist aktuell nicht in der Lage einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.
Das ist eine Tatsache!

Zu diesen Gemeinden muss sich leider auch Billerbeck zählen lassen.

Auf die dramatische Finanzlage vieler Städte und Gemeinden hat auch jüngst der DStGB aufmerksam gemacht (Bilanzpressekonferenz vom 05. Januar 2015). Ich zitiere:

„Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung in Deutschland bleibt die Finanzlage vieler Städte und Gemeinden weiter angespannt und dramatisch. . . . Ein Ende ist nicht abzusehen“.

Ein düsteres Bild, das hier für die Zukunft der kommunalen Familie aufgezeichnet wird!

Grundsätzlich besteht für jede Gemeinde die gesetzliche Verpflichtung den Haushalt in jedem Jahr in der Planung auszugleichen (GO NRW).

Die sogenannte „Schwarze Null“ muss stehen!
Das Ergebnis der Erträge und Aufwendungen muss ausgeglichen sein!

Der Rat der Stadt Billerbeck hatte sich daher den Haushaltsausgleich im Mai 2011 durch mehrheitlichen Beschluss ins Heft geschrieben.

Als gute Demokraten fühlen wir uns dieser Willensbekundung des Rates besonders verpflichtet.

Hintergrund des gesetzlich festgeschriebenen Haushaltsausgleichs und der Intention, die wir Sozialdemokraten darin sehen, ist das ethische Leitbild der Generationengerechtigkeit.

Danach soll jede Generation nur so viele Ressourcen verbrauchen, also Ausgaben tätigen, wie sie auch selbst erwirtschaftet, also Einnahmen erzielt.

Wenn wir es schaffen, diese Waage zu halten ist sichergestellt, dass wir heute in Billerbeck nicht auf Kosten künftiger Generationen leben.

Nur dann kann die nachfolgende Kommunalpolitik über eigenständige politische Gestaltungsmöglichkeiten auf einer soliden Finanzgrundlage verfügen.

Zunächst ist die Generationengerechtigkeit sicherlich nur eine politische Idealvorstellung, die sich als gesellschaftlich und ökonomisch begründete Verpflichtung auch in den Programmen sämtlicher Parteien landauf und landab finden lässt.

Für die SPD Billerbeck ist die Generationengerechtigkeit aber ein bindender Handlungsauftrag, der praktisch umzusetzen und mit konkreten Inhalten zu füllen ist.

An dieser Absicht wird die SPD-Fraktion festhalten und arbeiten!
Dafür treten wir in Billerbeck ein!

Die jungen Menschen sollen sich darauf verlassen können, dass wir nicht auf ihre Kosten wirtschaften.

Die Grenzwerte für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes sind in § 76 der GO NRW vorgegeben: Wenn in zwei aufeinanderfolgenden Jahren ein Plandefizit von mehr als 5% der bilanzierten Allgemeinen Rücklage eintritt, hat die Stadt ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Für Billerbeck müsste das Plandefizit bei rund 1,3 M € liegen, um in die Bredouille eines Haushaltssicherungskonzeptes zu rutschen.
Davon sind wir mit aufgerundet fast 1 M € weit entfernt.

Natürlich ist es auch für uns recht ernüchternd, wenn die vor der Aufstellung des Haushaltsplanes 2011 eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen des Rates auf den Gesamthaushalt nur eingeschränkt positive Auswirkungen zeigen.

Geplant war das eigentlich ganz anders!

Aber wiederkehrend allein auf Bund, Land und Kreis zu verweisen und abzuwarten ist der SPD-Fraktion zu wenig und hilft allein nicht weiter.

Das ist mit Blick auf andere, vergleichbare Kommunen, Jammern auf hohem Niveau.

Und dass Billerbeck in den kommenden Jahren „abundant“ ist, bedeutet nichts anderes, als dass die nach der normierten Systematik des Kommunalen Finanzausgleichs anzurechnende Steuerkraft Billerbecks höher ist als ein nach zahlreichen Parametern (z. B. der Einwohnerzahl) ermittelter, fiktiver Finanzbedarf.

Sehr geehrte Bürgermeisterin
und liebe CDU-Fraktion,

Billerbeck ist kein kleines gallisches Dorf, das macht was es will, sondern ein Teil der kommunalen Familie des Landes NRW und auch Sie müssen unserer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung über die Kirchturmspitze hinweg ins Auge sehen.

Wie der Länderfinanzausgleich zwischen den Ländern Ausdruck einer besonderen Solidarität ist, so ist es die Abundanzumlage in der kommunalen Familie.

An dieser Stelle von Ungerechtigkeit und Bestrafung der finanzstarken Kommunen zu sprechen, zeugt von, um im Bild zu bleiben, Kirchturmdenken.

Obwohl Billerbeck keinen ausgeglichenen Haushalt hat, ist sie dennoch die einzige Kommune im Kreis Coesfeld, die abundant ist.

Noch können wir in einem eng gesteckten Finanzrahmen die Möglichkeiten und Grenzen unsere Haushaltswirtschaft selbstbestimmt gestalten und ausführen.

Und wenn sich die Finanzplanungsdaten unseres Kämmers bis 2018 als richtig erweisen, und davon gehe ich bei seiner bewährten umsichtigen Arbeitsweise aus, wird das auch so bleiben und wir werden kein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen.

Wir sind finanziell noch eigenständig handlungsfähig, auch wenn der Grundsatz eines ausgeglichenen Haushaltes 2016 in die Ferne gerückt ist.

Ein hervorragendes Ergebnis –nicht nur– des vorliegenden Haushaltes lautet: Es ist uns sogar der Schuldenabbau gelungen!!

Von 8,2 M € im Jahr 1993 unter die 5 M € Marke von 4,7 M € zum Abschluss des Jahres 2014. Die gemeinsam beschlossene „Schuldenbremse“ zeigt hier ihre Wirkung.

Auch die Investitionen der kommenden Jahre werden von uns ohne neue Nettoneuverschuldung gestemmt.

Und das sogar bei gleichbleibenden Steuersätzen und Gebühren seit dem Jahr 2011.

Die Ergebnisrechnungen der letzten Jahre gelten – zumindest fiktiv – als ausgeglichen, weil die Ausgleichsrücklage in Anspruch genommen werden konnte. Hierbei handelt es sich jedoch um formelle Augenwischerei!

Die Ausgleichsrücklage wird sich von 2014 bis zum Ende des Planungszeitraumes 2018 voraussichtlich um gut 74 % mindern, also von etwa 4 M € auf etwa 1 M €. Der Haushalt gerät also ordentlich in Schiefelage.

Und dies hauptsächlich aufgrund des stetigen Eigenkapitalverzehr, nämlich durch den Verzehr der Ausgleichsrücklage über die Jahre, den es zu vermeiden gilt. Hier hilft das gute Ergebnis des Haushaltes 2014, das zu einer Aufstockung um 800 T € geführt hat, nur bedingt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die geplante deutliche Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in den nächsten Jahren gibt Anlass zum genauen Hinschauen.

Die Bürgermeisterin hat im Dezember 2014 einen Haushalt eingebracht, der noch von einem Fehlbetrag in Höhe von sage und schreibe 869 T ausging.

Aufgrund unerwarteter zusätzlicher Erträge im Bereich Asyl, Änderungen bei der Gewerbesteuer und der Gewerbesteuerumlage und infolgedessen angepasster Umlagen an den Kreis und das Land hat sich das Defizit im Januar auf etwa 367 T reduziert.

Festgestellt werden muss, dass die Bürgermeisterin keine erkennbaren Anstrengungen unternommen hat, dem gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich und dem Ratsbeschluss Rechnung zu tragen.

Der zu erwartenden Fehlbetrag von 869 T € wurde nicht bereits in der Haushaltsplanung berücksichtigt.

Auch zu erwartende Einsparvorschläge der Bürgermeisterin = FEHLANZEIGE!

Ein verantwortlicher Umgang mit den Finanzen Billerbecks sieht anders aus, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin.

Wir hätten im Vorhinein für gemeinsame Gespräche zur Verfügung gestanden, aber wir wurden nicht einbezogen, um einen Weg zu suchen, das prognostizierte Finanzloch zu stopfen.

Es ist uns nicht einmal im Vorhinein, also vor der Einbringung des Haushaltes, von der Bürgermeisterin bekannt gegeben worden.

Wir sind der Meinung, dass wir uns in Billerbeck zuallererst selbst helfen müssen, denn eine auskömmliche Finanzausstattung durch die oberen Ebenen, die neben den pflichtigen Aufgaben auch in gewissem Umfang freiwillige Aufgaben zulässt, ist Wunschdenken.

Nicht nur die kommunalen Kassen sind leer, sondern auch die der Länder und des Bundes. Die Spendierhosen kann sich schon längst keiner mehr erlauben anzuziehen!

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine Aussage zur Kreisumlage:

Auch wenn die Kreisumlage in diesem Jahr gesunken ist, muss es aber grundsätzlich dabei verbleiben, dass sich der Kreis – als Umlageverband – angesichts der Haushaltssituation der ihm angehörigen und ihn finanzierenden Kommunen in seiner Haushaltswirtschaft stetig so verhalten sollte, wie es auch die einzelnen Kommunen zwingend machen müssen.

Wir erwarten vom Kreis nicht handeln nach dem Motto „Sowohl als auch“, sondern nach dem Motto „Entweder oder“.

Es ist der Auftrag der Bürgermeisterin dieser Devise in der Bürgermeisterkonferenz nachhaltig Ausdruck zu verleihen.

Die sehr gute Wirtschaftslage hat uns in Billerbeck in den vergangenen Jahren Gewerbesteuererinnahmen in Rekordhöhe beschert.

Das wird nicht so bleiben und es stellt sich die zwingende Frage, was beim nächsten konjunkturellen Abschwung geschieht!?

Die Symbol-Ampel steht deshalb schon lange nicht mehr auf grün, sondern auf dunkelgelb bis rot!

Einer Blitz-Umfrage im Dezember 2014 zufolge hat der Bund der Steuerzahler informiert, dass zahlreiche Kommunen in NRW planen, die Grundsteuer B zum Teil drastisch zu erhöhen.

Ich behaupte jetzt mal salopp, dass man sich in diesen Kommunen GEGEN eine Kürzung der Ausgaben und Leistungen entschieden hat und DAFÜR die Bürgerinnen und Bürger –teils kräftig– zur Kasse zu bitten.

Wir brauchen für Billerbeck einen Haushalt, der auf Kante genäht ist und nicht –wie wir vermuten– auch mit Platzhaltern gespickt. (Stichwort: Planansatz Freibadabdeckung i. H. v. 115 T € zum Beschluss i. H. v. 85 T€ / Platzhalter damit 30 T €)

Jetzt gilt es, Vorsorge zu treffen und den Haushalt einer harten Kritik zu unterziehen, ihn zu konsolidieren.

In einem ersten Schritt werden wir ab April alle Aufwendungen und Leistungen auf den Prüfstand stellen und uns über Einsparungen und Streichungen unterhalten.

Gemeinsam muss der Rat die Deckungslücke zwischen Aufwand und Ertrag schließen. Die Aufwandsseite muss genau betrachtet und ggf. reduziert werden.

Dabei werden wir auch auf Grenzen des Einsparwillens stoßen, da machen wir uns nichts vor. Auf freiwillige Aufgaben, die es uns wert sind, dass sie getätigt werden, werden wir nicht verzichten. Denn gerade diese Ausgaben sind es meist, die Billerbeck zu einer lebenswerten Stadt machen, in der es sich zu leben lohnt! Sie füllen unser Billerbeck mit Leben.

Aber,

sehr geehrte Damen und Herren,

noch haben wir die Chance vorausschauend zu agieren, um zunächst vielleicht ohne Erhöhungen der Ertragsseite, also ohne finanzielle Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger Billerbecks auszukommen.

Und Sie werden mir sicher zustimmen, dass Steuererhöhungen das allerletzte Mittel der Wahl sind.

Wir Sozialdemokraten stehen jedenfalls zu dieser Festlegung.

Ein hartes Stück Arbeit kommt in den nächsten Jahren auf uns zu.

Den großen Herausforderungen wollen wir uns gemeinsam mit Ihnen stellen und die Verantwortung zugunsten des Allgemeinwohls unserer Stadt Billerbeck übernehmen.

Der städtische Haushalt muss miteinander sparsam und wirtschaftlich geführt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Tag der Haushaltsverabschiedung ist für uns auch ein Tag, um nach vorne zu schauen und sich auf die eigenen Stärken und das Positive zu besinnen.

Als erstes sehen wir, dass das Investitionsprogramm vor allem in den nächsten Jahren bis einschließlich 2018 und der Haushaltsplan 2015 eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen vorsieht, die für die zukunftsfähige Ausrichtung Billerbecks unverzichtbar und enorm wichtig sind.

Das geplante Gesamtinvestitionsvolumen der Haushaltsjahre 2015 bis 2018 beträgt sage und schreibe 10.185.000,00 €.

Diese hohen Investitionen dienen nicht nur dem Werteerhalt der Infrastruktur Billerbecks, sondern sind nachhaltig für künftige Generationen und das ohne die Aufnahme von Investitionskrediten.

Bedeutende Einzelinvestitionen sind:

1. Die Vorarbeiten für den barrierefreien Um- und Ausbau unserer guten Stube, der Innenstadt, als einen in die Zukunft gerichteten Schritt um auch in der Mobilität eingeschränkter Personen ein selbstbestimmtes Leben in der solidarischen Gesellschaft Billerbecks weitgehend zu ermöglichen.
2. Der notwendige Einbau des Rathausaufzuges in den Sommerferien 2015, den die SPD übrigens schon vor vielen Jahren gefordert hat, und in Ergänzung hierzu der Einbau eines Behinderten WCs im Erdgeschoss des Rathauses. Beides sind erste Schritte zur Barrierefreiheit dieses öffentlichen Gebäudes und schenken der demografischen Entwicklung Beachtung.

3. Die Bereitstellung der Finanzmittel für die Entwurfsplanung im Übergangsbereich vom Rathausparkplatz und dem EDEKA-Gelände.
Nur so kann zum bestehenden Innenstadtpark des EDEKA ein zweiter in Form eines Drogeriemarktes hinzugewonnen werden.
4. Der multifunktionale Neuausbau des Johannisgrundschulhofes, um neben der eigentlichen Zwecknutzung auch die Möglichkeit für weitere Aktivitäten sicherzustellen.
Froh bin ich, dass wir die Instandsetzung der Toiletten am Johannisschulgebäude vorziehen konnten, um den momentanen Missstand zu beheben.

Nicht unerwähnt möchten wir lassen, dass bei diesen vier Punkten die Stadt Billerbeck erheblich von der Städtebauförderung des Landes NRW profitiert.

5. Die Beibehaltung des kommunalen Kinos durch Neuanschaffung eines digitalen Filmprojektors im ersten Quartal in 2015, als ein Stück Lebensqualität und bezahlbare Kultur in Billerbeck.
6. Die Investition von 500 T € in den Radwegebau. Diese Investition trägt neben der Sicherheit der Radfahrer auch zur touristischen Attraktivität Billerbecks bei.

Zweitens sehen wir Chancengleichheit in Bildung und Entwicklung.

Wir haben uns eingesetzt für die Aufrechterhaltung des Musikschulangebotes in Billerbeck. Durch einen bereits in den Vorjahren erteilten Vertrauensvorschuss, ist die Musikschule heute auf einem guten Kurs. Hätte sich die CDU mit ihrer Haltung durchgesetzt, sähe das heute anders aus.

Drittens sehen wir die Einrichtung des Bürgerbusses. Als sinnvolle Ergänzung zum klassischen ÖPNV und als alternative Beförderungsmöglichkeit in Billerbeck, ohne in Konkurrenz zu bestehenden Unternehmen zu stehen, werden wir den Bürgerbus unterstützen und weiter positiv begleiten.

Weiter ist uns die Verbesserung der Effizienz der Verwaltungsarbeit wichtig. Hier ist die Einstellung von Mitteln für die Erstellung eines erforderlichen Verwaltungsstrukturgutachtens ein richtiger Schritt.

Die weitere Teilnahme am European-Energie-Award bis 2017 sehen wir, anders als die CDU, als ein wichtiges Instrument für die Weiterentwicklung von Energieeffizienz und Klimaschutz vor Ort an.

Das Thema Wirtschaftsförderung spielt für die SPD heute und morgen eine große Rolle.

Besonders am Herzen liegt uns der Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum, die ein weiterer Baustein ist, um Billerbeck wettbewerbsfähig zu machen.

Nach meiner Anfrage im November des vergangenen Jahres zur Verlegung von Leerrohren ist die Bürgermeisterin aus einem gut fünfjährigen Dornröschenschlaf erwacht, so scheint es, denn anders kann ich es mir nicht erklären, dass das Thema aus heiterem Himmel in ihrer Haushaltsrede auftaucht.

Bereits vor fünf Jahren wurden wir informiert, dass in ländlichen und unterversorgten Regionen die Tiefbaukosten bis zu 80% der Gesamtherstellungskosten betragen. Unverständlich ist es uns, dass nicht schon längst gehandelt wurde. Dass Billerbeck mit 2% unterversorgt ist gilt als unstrittig. Wie in anderen Orten des Kreises geschehen, wäre die Kreativität der Verwaltung gefragt gewesen.

Vielleicht wird der Wandel in Billerbeck durch die von der rot-grünen Landesregierung bis 2020 geplante Investition von rund 640 M € in Zukunftsprojekte mit dem Schwerpunkt Digitalisierung eingeläutet, wer weiß?

Nur kritisch äußern kann ich mich jedoch auf das Flaggschiff der CDU und mittlerweile auch der Bürgermeisterin: das Projekt „Wohnen mit Mehrwert“ und den so genannten City-Manager. Der Aufwand beträgt bis zum Jahr 2019 voraussichtlich 590 T €. Die Frage bleibt, wofür?

Auch wenn die Förderung 60% beträgt, reden wir an dieser Stelle von der Verausgabung öffentlicher Gelder.

590 T € als reine Planungskosten im Haushalt der Stadt Billerbeck und mit einem aktuell nicht klar erkennbaren nachhaltigen Gegenwert sind bei unserer Haushaltslage ein Ritt auf der Rasierklinge.

Die Verausgabung dieser 590 T € hätte man sich dreimal überlegen müssen, da sich der Betrag direkt negativ auf die Ergebnisrechnungen der kommenden Jahre auswirkt.

Trotz der kritischen Anmerkungen:

Der vorliegende Haushalt des Jahres 2015 trägt deutlich eine sozialdemokratische Handschrift:

Wir haben klare Akzente gesetzt und sind für eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltspolitik eingetreten, die gleichzeitig investiert ohne die Bürgerinnen und Bürger mehr zu belasten. Teilweise über die Jahre haben wir „die dicken Bretter gebohrt“ und freuen uns umso mehr über die Umsetzung und die Ergebnisse.

Das alles kann sich sehen lassen und passt gut zu uns in Billerbeck!

Mit den uns gegebenen – knappen – Mitteln haben wir politische Ziele mit umgesetzt und erreicht und so deutlich zu einer Attraktivitätssteigerung Billerbecks beigetragen.

Die Haushaltsstabilisierung wird in den nächsten Jahren die zentrale Aufgabe der Zusammenarbeit der Verwaltung und der Kommunalpolitik sein.

Voraussetzung ist dafür jedoch immer ein Mindestmaß an objektiv aufbereiteten Informationen und gemeinsamer Kommunikation.

Das war, unter der von der BGMin geführten Verwaltung, nicht immer so gegeben, so dass unsere ehrenamtliche Arbeit dadurch oft erschwert wurde.

Dem Kämmerer der Stadt Billerbeck, Herrn Peter Melzner, spreche ich stellvertretend für die vielen engagierten Mitarbeiter im Billerbecker Rathaus für die Aufstellung dieses Haushaltsplanes meinen ausdrücklichen Dank aus.

Bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, bedanke ich mich für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank!

– Thomas Tauber –
Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Billerbeck